



75 Jahre
Teilung Berlins 1948

NEUER ZEITGEIST

TREND



**Vor 70 Jahren
17. Juni 1953**

Lieber Leser,

70 Jahre ist die zweite nationale Erhebung in Deutschland gegen ein Unrechtsregime her. Am 17. Juni forderten die Menschen in der damaligen sowjetisch besetzten Zone, die sich selbst lieber und gern DDR nannte, politische Freiheit und die Einheit Deutschlands.

SBZ oder DDR lassen sich natürlich mit der Barbarei der Nationalsozialisten nicht vergleichen. Die Volks- und Arbeitermassen dort waren etwas anderes als die tapferen Männer und Frauen des 20. Juli 1944. Gleichwohl sind beide Daten, der 17. Juni 1953 und der 20. Juli 1944, Ereignisse, die uns als Patritoten mit Stolz erfüllen.

Die deutsche Geschichte ist eben nicht, wie der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Recht feststellte, ein Verbrecheralbum.

Auch wenn uns die dunklen Kapitel des Nationalsozialismus mit Scham erfüllen, gibt es eben doch Ereignisse, auf die wir als Deutsche mit Stolz blicken dürfen.

Beate Prömm
Stellvertretende
Bezirksvorsitzende



Lyrik

Jung und Alt

Grünschnäbel belehren,
dem Übermut wehren,
in Vernunftbahnen leiten,
ist seit alten Zeiten
des vorgeschritt'nen Alters Pflicht,
leider klappt das in Deutschland
nicht,
weil die medialen Spinner,
glauben sie sind Gewinner,
wenn sie die Jungen blöde machen,
dass kluge Alte sie verlachen,
fallen auf jeden Mist herein,
vom medialen Lügenverein,
doch wenn die Alten nicht mehr
sind,
dann wird wehen ein and'rer Wind,
sitzen, die heute sind nicht weise,
schon morgen in der dicken ...
(Speise oder so ähnlich).

Rolf Lindner



Inhalt

Seite 2 *Editorial/Lyrik/Impressum*

Beate Prömm

Seite 3-4 Titel

Aufstand für Deutschland

Seite 5-6

Spaltung Berlins 1948

Seite 6 - 7 Geschichte

Ruhrkampf 1923

Seite 8-9 Heimat

Spuren der Roten Armee

Seite 9 Landespolitik

CDU kriecht - mal wieder

Seite 10 Filmempfehlung

Der Untergang

Seite 11 Partei

Aufnahmeantrag

Seite 12 *Glosse*

Wunschkonzert

Spenden für unsere Arbeit ...

Empfänger: Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
IBAN: DE44 1005 0000 0190 8684 90
BIC: BELADEBEXXX Bank: Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: Spende Afd Berlin,
Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort

Impressum
Adresse: Afd Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf
Postfach 450109
12171 Berlin
Email: vorstand@afd-sz.de



Aufstand für Deutschland

Am 17. Juni jährt sich zum 70. Mal der Tag des Volksaufstandes gegen das SED-Regime in der DDR. Der mitteleuropäische Separatstaat war seit seiner Entstehung 1948/49 ein allein auf die Gewalt der sowjetischen Besatzungsmacht gestütztes und nur von einer kleinen, hinter der Besatzungsmacht stehenden Minderheit in der Bevölkerung betriebenes Zwangsregime, das von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Ein Beleg hierfür sind die Flüchtlingszahlen. Allein in den ersten drei Jahren der Existenz der DDR verließen rund 675000 Menschen den Herrschaftsbereich der SED. Die Sowjets und ihre einheimischen Gefolgsleute zogen hieraus aber nur den Schluß, den eigenen Herrschaftsbereich im Frühsommer 1952 gegenüber dem Westen abzusperren, Widerstand durch Justizterror zu brechen und im übrigen ihren ideologischen Zwangsvorstellungen freien Lauf zu lassen. Im Juli 1952 beschloß die II. Parteikonferenz der SED den planmäßigen „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, verbunden mit ehrgeizigen Industrieprojekten insbesondere in der Schwerindustrie, militärischer Aufrüstung und vor allem - um dies alles zu erwirtschaften - einer gnadenlosen Ausbeutung der Bevölkerung.

Vor allem die Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 % vom 28. Mai 1953 löste große Empörung in der Arbeiterschaft aus. Nachdem es bereits am Vortag in Berlin zu ersten Streiks und Protestdemonstrationen gekommen war, kam es daraufhin am 17. Juni 1953 in 373 Städten und Ortschaften der DDR zu Demonstrationen und Unruhen, an denen sich bis zu 1,5 Millionen Menschen beteiligten. Die Herrschaft der SED brach weitgehend zusammen. Die Führung der DDR/SED begab sich am Vormittag auf sowjetisches Verlangen in das sowjetische Hauptquartier in Berlin-Karlshorst und stellte sich unter den Schutz der

Besatzungsmacht. Auf das weitere Geschehen dieses Tages hatte sie keinerlei Einfluß.

In Berlin zogen Zehntausende zum „Haus der Ministerien“, dem Sitz der DDR-Regierung in der Leipziger Straße und belagerten ihn. Weitere Zentren der Erhebung waren Bitterfeld, Halle, Leipzig, Merseburg, Magdeburg, Jena, Gera, Brandenburg/Havel und Görlitz. Hier waren die Ereignisse zum Teil weitaus heftiger als in Berlin. Verschiedentlich stürmten Demonstranten öffentliche Gebäude und Gefängnisse. Teilweise wurden derartige Versuche aber auch mit Waffengewalt abgewehrt, wobei es Tote und Verletzte unter den Aufständischen gab.

Forderungen der Demonstranten waren der Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Öffnung der Grenze nach Westdeutschland und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR.

Im Laufe des Vormittags wurden zunehmend sowjetische Truppen nach Berlin und in die anderen Zentren des Aufstandes verlegt, die schließlich ab den Mittagsstunden gewaltsam gegen die Demonstranten vorgingen. In Ost-Berlin wurde um 13.00 Uhr der Ausnahmezu-

stand verhängt. Die Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst oder von Panzern insbesondere am Potsdamer Platz über die Sektorengrenze nach West-Berlin abgedrängt. Über 167 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die sowjetischen Streitkräfte setzten insgesamt 20 Divisionen zur Niederschlagung des Aufstandes ein.

In Bitterfeld und Görlitz hatten die Aufständischen bereits die „Macht“ übernommen. Die verantwortlichen DDR-Funktionäre in diesen beiden Städten waren entweder verschwunden oder für abgesetzt erklärt worden. In beiden Städten wurden die DDR-Verhältnisse erst durch das Einrücken sowjetischer Truppen am Nachmittag des 17. Juni wieder hergestellt.

50 Jahre nach dem Volksaufstand unternahm man es, den damaligen Opfern durch Archivauswertungen ein Gesicht zu geben. Danach haben die Ereignisse des 17. Juni 1953 insgesamt 55 Menschenleben gekostet: 35 Demonstranten, Passanten und Zuschauer, sieben Hingerichtete, acht nach dem Aufstand in Haftanstalten Umgekommene, aber auch fünf Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane. 1485 Teilnehmer des Aufstandes wurden von DDR-Gerichten zu





Freiheitsstrafen verurteilt. Die letzten Verurteilten wurden erst im Sommer 1963 aus der Haft entlassen.

Der 17. Juni 1953 ist ein bedeutender Tag der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte. Er markiert den ersten Aufstand eines der 1945 unter sowjetische Herrschaft gekommenen Völker. Vom 17. Juni 1953 führt eine histori-

Russische Panzer in der Leipziger Straße

sche Kontinuität über Polen und Ungarn 1956, Prag 1968 und ab 1980 wieder Polen zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums 1989/90. Der Aufstand des 17. Juni stellt somit den Anfang vom Ende des Sowjetsystems dar. Es waren die Deutschen in der damaligen DDR, die hierzu als erste die Initiative ergriffen haben. Wir können als Deutsche stolz darauf sein!

Aber es ist uns als Deutschen als Folge der Umerziehung nach 1945 und der dadurch bewirkten Aufgabe des deutschen Nationalstaats nach 1990 wohl nicht gegeben, auf ein Ereignis unserer Geschichte stolz zu sein. Hinzu kommt, daß der Aufstand des 17. Juni ja nicht

nur ein Aufstand gegen kommunistische Unterdrückung war, sondern eben auch ein Aufstand für Deutschland. Den Hunderttausenden, die damals auf die Straße gingen, war schon klar, daß die Verbesserung ihrer Lage nur durch die Wiedervereinigung ihres Landes zu erreichen war. Die Demonstranten, die die rote Kommunistenfahne vom Brandenburger Tor holten und durch die Schwarz-Rot-Goldene ersetzten, und die Hunderttausende, die angesichts der sowjetischen Panzer überall in der DDR das Deutschlandlied anstimmten, standen nicht nur für den Freiheitswillen, sondern auch für das Nationalbewußtsein zumindest der Deutschen in der DDR.

Im Westen Deutschlands war der Westintegration der Bundesrepublik dagegen schon bald die Westorientierung ihrer Bewohner gefolgt. Frankreich, Spanien und Italien standen vielen Bundesbürgern allemal näher als ihre Landsleute im Osten. Politiker, die am gesamtdeutschen Gedanken festhielten, wurden angesichts der scheinbaren Unabänderbarkeit der Teilung des Landes als „Sonntagsredner“ abgetan. Hinzu kam, daß die Ereignisse des 17. Juni sich ja tatsächlich nur im Gebiet der DDR abgespielt hatten, und die Westdeutschen bestenfalls Zuschauer waren. So wurde

auch der in der Bundesrepublik als „Tag der deutschen Einheit“ proklamierte Feiertag eher Anlaß für Badeausflüge als für nationale Selbstbesinnung.

Nach der durch die friedliche Revolution in der DDR 1989 möglich gewordenen Wiedervereinigung Deutschlands hätte man sich natürlich in ganz Deutschland auf die Tradition des 17. Juni besinnen und an ihr erfreuen können. Doch inzwischen wird immer deutlicher, daß die staatliche Einheit 1990 nur durch die Preisgabe des nationalstaatlichen Gedankens in Deutschland wie auch der deutschen Währung gegenüber den westeuropäischen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zu erlangen war. Gerade das macht den 17. Juni aber für die heutige politische Klasse in Deutschland so unbequem. Setzt man hier doch alles daran, unser Land in einem neuen supranationalen, Zwangsregime aufgehen zu lassen. Aber auch hier bleibt an die Offenheit historischer Abläufe zu erinnern, und die heutige EU muß nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Man denke nur an den BREXIT der Briten. Gerade derartige Überlegungen verleihen den Traditionen des 17. Juni aber eine neue, auch in die Zukunft weisende Dynamik!

Matthias Bath



Die Spaltung Berlins im Frühsommer 1948

Nach der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei Ende Februar 1948 spitzten sich im Frühjahr 1948 die Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten in Deutschland zu. Am 20. März beendete die Sowjetunion ihre Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat. Damit existierte keine

Zentralinstanz mehr für Deutschland als Ganzes, sondern nur noch die drei im Prinzip voneinander unabhängigen Besatzungszonen der Siegermächte, nämlich die amerikanisch-britische Bizone (seit 1. Januar 1947), die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die vergleichsweise kleine französische Besatzungszone in Südwestdeutschland.

Schon seit Jahresbeginn hatten die Sowjets zudem mit Behinderungen des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin begonnen. Militärzüge der Westalliierten wurden angehalten und kontrolliert. Der Warenverkehr nach Berlin wurde von der Erteilung russischer Genehmigungen abhängig gemacht. Am 1. April 1948 wurde ein Kontrollpunkt auf der Autobahn bei Babelsberg eingerichtet, an dem sowjetzonal deutsche Polizei und sowjetische Militärpolizei den Autobahnverkehr von und nach den Berliner Westsektoren kontrollierten. Bei Marienborn am Übergang der Autobahn Berlin-Hannover in die Bizone wurde ein weiterer Kontrollpunkt für den Verkehr zwischen der Bizone und der SBZ errichtet. In Berlin begannen sowjetische Militärpolizei und die Polizei des Berliner Sowjetsektors mit der Kontrolle des Lastwagenverkehrs an der Gren-



ze zwischen den Westsektoren und dem Sowjetsektor. Am 4. April 1948 wurde der Binnenschiffverkehrsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen wegen russisch-britischer Differenzen über die Gültigkeit von Schiffsfahrtsgenehmigungen unterbrochen. Am 23. April wurde schließlich der internationale Eisenbahnverkehr von den Berliner Westsektoren weg- bzw. um diese herum geleitet. Am 16. Juni verließen die Sowjets schließlich auch die alliierte Kommandantur für Berlin, womit dieses Gremium seine Arbeit für Gesamt-Berlin einstellte.

Am Freitag, dem 18. Juni 1948, teilten die Westalliierten die bevorstehende Währungsreform in ihren Besatzungszonen zum 20. Juni mit. Zugleich gaben die westlichen Stadtkommandanten in Berlin bekannt, die Währungsreform erstrecke sich nicht auf Berlin. Hier gelte weiterhin die bisherige Reichsmark. Am 19. Juni verboten die Sowjets den Umlauf der neuen, westlichen „Deutschen Mark“ in ihrer Besatzungszone und dem Gebiet von Groß-Berlin. Zugleich wurde „zum Schutz der Wirtschaft der sowjetischen Zone“ der gesamte Kraftfahrzeugverkehr zwischen den Westzonen und Berlin unterbunden.

Am 23. Juni 1948 ordneten die Sowjets eine Währungsreform für ihre Besatzungszone an. Hier und im Gebiet von Groß-Berlin sollten ab dem 24. Juni nur noch Reichsmarkscheine mit aufgeklebten sowjetzonalen Währungskupons gelten. Bereits in der Nacht

zum 23. Juni hatte Bürgermeister Dr. Friedensburg im Neuen Stadthaus für den Berliner Magistrat die sowjetische Anweisung erhalten, die sowjetzonale Währungsreform in ganz Berlin durchzuführen. Die westlichen Stadtkommandanten teilten dem Magistrat umgehend mit, daß diese Anweisung in den Westsektoren keine Gültigkeit habe und verboten schließlich in den Mittagsstunden des 23. Juni ausdrücklich die Ausführung der sowjetischen Befehle. Gleichzeitig kündigten sie die Einführung einer neuen Währung für ihre Sektoren an, die in den Westzonen bereits gültig sei.

Der Magistrat von Berlin beschloß daraufhin gegen die Stimmen der der SED angehörenden Magistratsmitglieder eine Erklärung über die Einführung zweier getrennter Währungen in Berlin, die am Nachmittag vor der Stadtverordnetenversammlung abgegeben wurde. Diese für 16.00 Uhr einberufene Sitzung konnte erst um 17.40 Uhr beginnen, weil zunächst einige hundert kommunistische Störer gewaltsam in das im Ostsektor gelegene Neue Stadthaus eindrangen und den Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung besetzt hielten. Sie verlangten eine einheitliche Währung für Berlin (gemeint war damit



die für die SBZ eingeführte) und verließen erst nach der Ansprache eines SED-Stadtverordneten unter dem Absingen der Internationale das Gebäude. In der Sitzung stellte die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schröder die entstandene Lage dar. Aufgrund der einander widersprechenden alliierten Befehle müsse der Magistrat die Bezirksbürgermeister anweisen, die Anordnungen der jeweiligen Sektorkommandanten zu befolgen. Berlin werde jedoch weiterhin als ungeteiltes Verwaltungsgebiet angesehen. Gegen die Stimmen der SED sprachen die Stadtverordneten daraufhin dem Magistrat das Vertrauen aus und forderten die Gültigkeit beider Währungen für ganz Berlin. Nach der Sitzung griffen vor dem Stadthaus wartende kommunistische Schläger unter Anleitung des damaligen Berliner FDJ-Vorsitzenden und späteren DDR-Verteidigungsministers Keßler einzelne Stadtverordnete von SPD, CDU und LDP tätlich an. Unter anderem wurden die 60jährige SPD-Stadtverordnete Jeanette Wolff, die sechs Jahre in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager überlebt hatte, und Bürgermeister Dr. Friedensburg angegriffen.

In der Nacht zum 24. Juni unterbrachen die Sowjets „wegen technischer Störungen“ die Bahnstrecke Berlin-Helmstedt in beiden Richtungen. Damit waren die Berliner Westsektoren von jeglicher Verbindung mit den Westzonen auf dem Landweg abgeschnitten. Die sowjetische Blockade des Westteils Berlins hatte begonnen.

Am 24. Juni ordneten die Westmächte die Einführung der „Deutschen Mark“ zum 25. Juni auch für die Berliner Westsektoren an. Die westliche Währung wurde hier allerdings mit einem aufgestempelten „B“ gekennzeichnet. Die im Ostsektor gültige Währung wurde als Umlaufmittel auch in den Westsektoren anerkannt

und mußte hier auch von Zahlungsempfängern zur Begleichung bestimmter Leistungen, insbesondere im öffentlichen und städtischen Bereich, entgegengenommen werden.

Die sowjetische Zeitung „Tägliche Rundschau“ betonte in ihrem Leitartikel vom Tage, daß nach dem Wegfall der Viermächteverwaltung für Deutschland auch keine rechtliche Grundlage mehr für die Anwesenheit der Westalliierten in Berlin gegeben sei.

Am Abend versammelten sich dann unter dem Motto „Berlin frei - nie kommunistisch!“ mehr als 70000 Menschen, dem Aufruf der Berliner SPD folgend, auf dem Hertha-Sportplatz am Weddinger Gesundbrunnen. Als Hauptredner wies der gewählte, aber durch sowjetisches Veto seit Sommer 1947 als Oberbürgermeister Berlins verhinderte Ernst Reuter darauf hin, daß der Währungskonflikt keine finanzpolitische Frage sei, sondern der Ausdruck des Kampfes zweier gegensätzlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme, der in Berlin ausgetragen werde. Anders als Prag werde Berlin nicht an die Reihe kommen, wenn es in diesen Krisentagen seinen Mann stehe. Der SPD-Landesvorsitzende Franz Neumann betonte in einem Appell an die Welt, daß die Freiheit und das Überleben Berlins jetzt von der aktiven Unterstützung der demokratischen Welt abhängen.

Bereits am 25. Juni 1948 landeten auf dem Flughafen Tempelhof die ersten amerikanischen

Transportmaschinen mit Lebensmitteln für die Einwohner des blockierten West-Berlins. Die westalliierte Luftbrücke zur Versorgung der Berliner Westsektoren war angelaufen.

Matthias Bath

Vor 100 Jahren besetzten französische und belgische Truppen zwischen dem 11. und 16. Januar das gesamte Ruhrgebiet. Hintergrund hierfür war, daß das Deutsche Reich mit seinen aus dem von den alliierten Siegermächten diktierten Friedensvertrag von Versailles (1919) herrührenden Reparationslieferungen in Verzug geraten war. Konkret ging es um vergleichsweise kleine Teillieferungen von Kohle und Holz für Telegraphenmasten. Die friedensvertraglich eingerichtete Reparationskommission der Siegermächte erklärte am 9. Januar 1923, die Lieferrückstände stellten einen vorsätzlichen deutschen Vertragsbruch dar, was Frankreich und Belgien zum Anlaß für den Einmarsch nahmen.

Die Ruhrbesetzung löste in Deutschland einen Sturm der Entrüstung aus und setzte im ganzen Volk unerwartete nationale Energien frei. Es war wie im August 1914; alle Parteien von den Kommunisten bis zur radikalen Rechten stellten sich hinter die Reichsregierung, die die Bevölkerung des Ruhrgebiets am 13. Januar 1923 zum passiven Widerstand aufrief, was dort nahezu einmütig befolgt wurde. Kein Kumpel, kein Beamter, kein Eisenbahner arbeitete für die Besatzer. Gruben, Fabriken und Bahnen wurden stillgelegt, sobald die Franzosen sie in Anspruch nehmen wollten. Die Besatzer reagierten hierauf mit brutaler Härte: Industrielle wurden verhaftet, Beamte ausgewiesen, wo es zu Demonstrationen kam, eröffneten die Besatzungstruppen das Feuer. Schließlich übernahmen Franzosen und Belgier den Eisenbahnbetrieb in eigener Regie. Sehr bald bildeten sich deutscherseits kleine Gruppen, die vom passiven



zum aktiven Widerstand übergangen, weil sie meinten, daß ein rein passiver Widerstand gegen die Gewalt der Besatzungstruppen auf Dauer nicht erfolgreich sein würde. Am 15. März 1923 sprengte eine dieser Gruppen unter Leitung Albert Leo Schlageters die Eisenbahnbrücke bei Kalkum und unterbrach damit die Bahnverbindung von Duisburg nach Düsseldorf und damit eine wichtige französische



Albert Leo Schlageter, 1894-1923

Möglichkeit zum Abtransport von Ruhrkohle.

Albert Leo Schlageter wurde am 12. August 1894 als sechstes von elf Kindern einer katholischen Bauernfamilie in Schönau im Schwarzwald geboren. Ursprünglich hatte er katholischer Priester werden wollen, doch sein Lebensweg sollte einen anderen Verlauf nehmen. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges legte er in Freiburg das Notabitur ab und meldete sich als Kriegsfreiwilliger. Im gesamten Kriegsverlauf kämpfte er als Artillerist an der Westfront. 1917 wurde er zum Leutnant der Reserve befördert und war bei Kriegsende Batteriechef. Von 1919 an kämpfte er in verschiedenen Freikorps im Baltikum, bei der Niederschlagung des kommunistischen

nistischen Ruhraufstandes 1920 und bei der Niederschlagung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien im Mai 1921. Schlageter ließ sich schließlich als Industriekaufmann in Berlin nieder.

Im Winter

1922/23 gehörte er der kurzlebigen ersten Ortsgruppe Berlin der NSDAP an, ohne daß hier größere Aktivitäten seinerseits überliefert wären.

Nach der Ruhrbesetzung bildeten sich mit staatlicher deutscher Rückendeckung unter der Verantwortung früherer Freikorpsführer verschiedene Sabotagegruppen, darunter in Essen die von Schlageter geleitete. Nach dem Anschlag von Kalkum geriet Schlageter Anfang April in das Visier der französischen Ermittlungsbehörden und wurde bereits am 7. April in einem Essener Hotel festgenommen. Am 9. Mai verurteilte ihn ein französisches Militärgericht in Düsseldorf „wegen Spionage und Sabotage“ zum Tode. Am 26. Mai wurde das Urteil durch Erschießen auf der Golzheimer Heide in der Nähe von Düsseldorf vollstreckt.

Insgesamt wurden im Ruhrkampf 1923 180 Sabotageakte gegen den Eisenbahnverkehr verübt. Schlageter blieb jedoch der einzige Attentäter aus dem aktiven Widerstand, der hingerichtet wurde. Zehn weitere Widerstandskämpfer wurden von den Besatzern zwar zuerst zum Tode



Plakat (Ausschnitt) im Ruhrkampf „Mich zwingt Ihr nicht!“

verurteilt, dann aber zu längerer Haft oder Zwangsarbeit begnadigt. Sie alle kamen 1924 nach dem Ende des Ruhrkampfes im Zuge einer weiteren Amnestie wieder frei. Auf deutscher Seite kostete der Ruhrkampf gleichwohl 137 Tote und 603 ernsthaft Verletzte. Blutiger Höhepunkt war der Oster Samstag, der 31. März 1923, als sich in Essen Arbeiter und Werksleitung der Firma Krupp der Beschlagnahme werkseigener Lastwagen widersetzen, französische Soldaten daraufhin wahllos in die Menge schossen und 13 Arbeiter töteten.

Auch der passive Widerstand zerrüttete aber langfristig das deutsche Wirtschafts- und Finanzsystem derart, daß sich die Reichsregierung am 26. September 1923 schließlich gezwungen sah, den Abbruch des passiven Widerstandes zu verkünden. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der Ruhrbesetzung wurde mit etwa vier bis fünf Milliarden Goldmark beziffert. Das Ende des Ruhrkampfes ermöglichte im November 1923 eine Währungsreform, die eine Bedingung für eine Neuverhandlung der Reparationen war.

M. B.





weg wurde im Jahr 2004 eine neue 4.000 Tonnen schwere Brücke errichtet.

Heute führen die Gleise der S-, Regional- und Fernbahn der Anhalter und der Dresdener Vorortbahnen über den Prellerweg.

Als aufmerksamer Autofahrer schaut man beim Vorbeifahren nicht so sehr auf die Brückwände und kann auch Details nicht allzu gut wahrnehmen.

Besonders auffällig und sofort ins Auge fallend sind die vielen hässlichen Graffiti und Schmierereien an den Betonwänden.

ter auf dem Weg zum Friedhof Eythstraße dort entlanggelaufen und habe mich über diese „komischen“ Rillen gewundert, für die ich keine Erklärung hatte, die aber mein kindliches Interesse geweckt hatten.

Meine Mutter wusste aber die Antwort und konnte meine Neugierde stillen und befriedigen.

Sie hatte als Jugendliche selbst gesehen, dass nach der Kapitulation im Mai 1945, als die Kämpfe vorbei waren, die russischen Soldaten unter den Brücken mit ihren T34 Panzern Wettfahrten und ähnliche Spiele durchgeführt haben. Wahrscheinlich

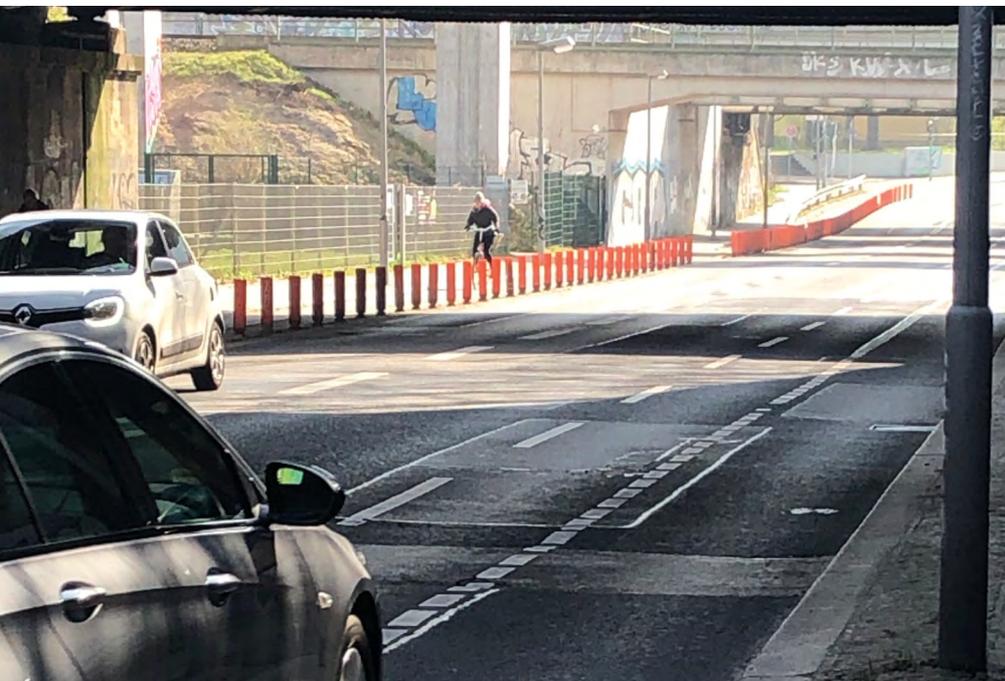
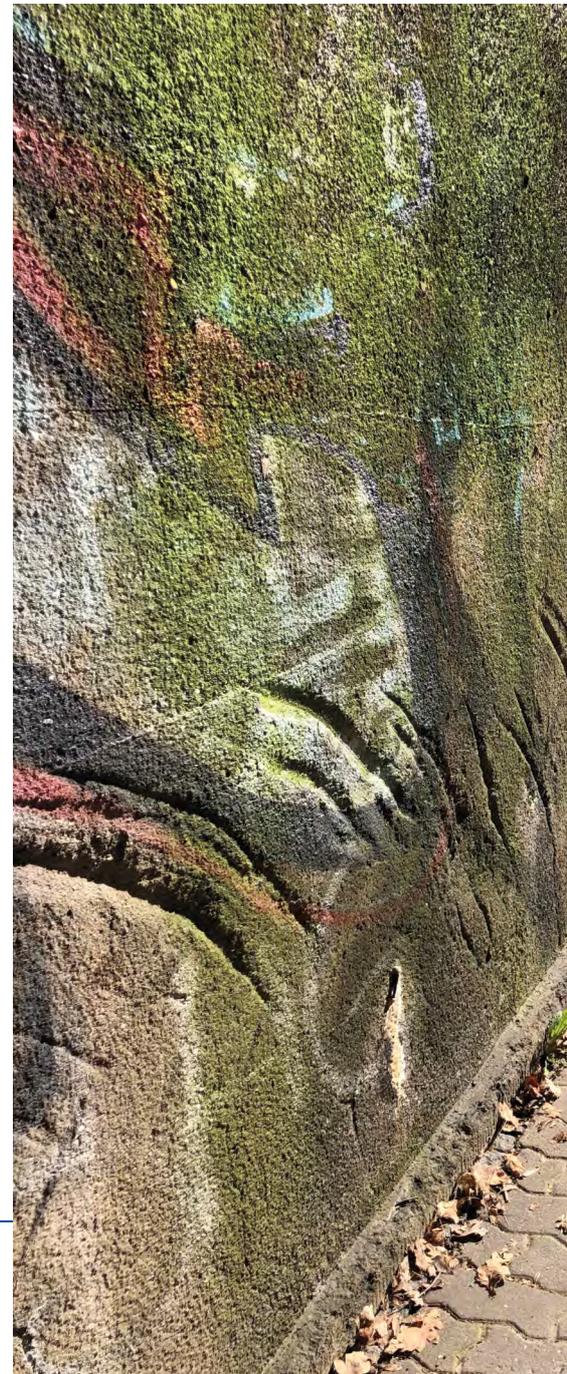
Wer den Prellerweg von Steglitz aus Richtung Bergstraße kommend, am Insulaner vorbei in Richtung Attilaplatz fährt, muss unter der aus mehreren Brücken bestehenden S-Bahnunterführung Prellerweg hindurch fahren.

Diese wurden im Jahr 1928 als moderne Balkenbrücken-Konstruktion aus genietetem Stahl erbaut und dienten ursprünglich den Vorortbahnen nach Zossen und Lichterfelde-Ost und bis ca. 1952 auch der Anhalter und Dresdener Fernbahn. Von den ehemals 17 Bahnbrücken, sind heute noch 8 erhalten. Im Zuge der Errichtung des Bahnknotens Preller-

wänden. Diese verdecken einige, den meisten wahrscheinlich unbekannte, historische Erinnerungsstücke an die Zeit von 1945.

Wer als Fußgänger oder mit dem Fahrrad dicht an den Sicht-Betonwänden entlangläuft bzw. vorbeifährt, und genau hinschaut, kann auf einer Höhe von ca. 1,5 Meter jede Menge tiefe und deutliche horizontale Kratzspuren sowie Rillen im alten Beton erkennen. Diese sind mit Unterbrechungen fortlaufend und weisen halbrunde Abschürfungen in vertikaler Richtung zum Gehweg auf.

Als Kind bin ich oft mit meiner Mut-



vor lauter Freude, Übermut oder auch aus Langerweile. Wer weiß? Man wird es vermutlich auch nie erfahren.

Der obligatorische Wodka soll wohl auch eine Rolle gespielt haben.

Dabei sind dann auch mehrere Panzer nebeneinander hergefahren. Ein Panzer hatte eine Breite von ca. drei Metern. Bei einer Brückenbreite von ca. 16 Metern ist es dabei natürlich sicherlich auch eng geworden, sodaß die Ketten der Panzer mit den Betonwänden in Kontakt kamen und sich sichtbar eingraviert haben. Ein Andenken bis heute.

WA



Kai Wegner, Reg. Bürgermeister

Die sogenannte geschlechtsneutrale Sprache lehnt eine überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland und Berlin ab. Je nach Fragestellung reicht die Ablehnung von 59 bis über 70 %. Berlins neuer Regierender Bürgermeister Kai Wegner von der CDU, hat nun ganz vorsichtig erklärt, er werde selbst nicht gendern. Ein generelles Verbot in der Kommunikation der Berliner Verwaltung werde es jedoch nicht geben. Selbst in einer Frage, in der Wegner über 2/3 der Bevölkerung hinter sich wissen kann, knickt er ein und agiert windelweich: „Mir geht es nicht um Verbote. Es wird auch keine Rückabwicklungen in der Berliner Verwaltung geben“.

Selbst in einer solchen relativ bedeutungslosen Frage ist der Regierende Bürgermeister nicht in der Lage, sich durchzusetzen, sondern überläßt es letztlich jedem Senator und jeder Verwal-

tung, welcher Sprachgebrauch gepflegt werden soll. Abgesehen davon gießen die grüne Partei und die ihr nahestehenden Medien wegen dieser vorsichtigen Äußerung einen Schmutzkübel über ihm aus. „Strunzdumm, unaufrichtig, extrem unangenehm sowie heuchlerisch“ eriefert sich die Tageszeitung taz und die grüne Parlamentsanführerin Bettina Jarasch schäumt von „Sprach-Polizisten“ und sieht einen „Kulturkampf von rechts“.

Wegner versucht offenbar mit seinem „Sowohl-als-auch“ bei den Grünen nicht anzuecken. Aber das gelingt ihm nicht. Warum ordnet er für seine Landesregierung nicht einfach an, dass auf Genderquatsch verzichtet wird? Was der Westdeutsche Rundfunk (WDR) schafft, sollte doch auch bei der Berliner CDU möglich sein. Statt wenigstens hier kerzengerade den zu erwartenden Konflikt auszutragen, zeigt er, dass er nicht gewillt ist, einer Mehrheitsmeinung Geltung zu verschaffen.

Klaus Gröbig



Der deutsche Spielfilm von 2004 zeigt die letzten zehn Tage im Leben Adolf Hitlers und zugleich den Endkampf um Berlin im April/Mai 1945. Damals hatte auf deutscher Seite kaum jemand Zeit und Muße, die damaligen Ereignisse in Bild und Film festzuhalten. Nahezu alles aus der damaligen Zeit überlieferte Bildmaterial stammt aus alliierten Quellen. Ein Blick auf die damaligen Ereignisse aus deutscher Sicht fehlte jahrzehntelang völlig. Erst der Film „Der Untergang“ ermöglicht diesen Blick. Er beruht vor allem auf dem gleichnamigen Werk des Historikers Joachim Fest und den 2002 unter dem Titel „Bis zur letzten Stunde“ erschienenen Erinnerungen von Hitlers damals 25-jähriger Privatsekretärin Traudl Junge.

Der Film zeigt erstmals in der deutschen Filmgeschichte Adolf Hitler als Hauptfigur eines Geschichtsfilms. Der Schweizer Schauspieler Bruno Ganz (1941-2019) brillierte hier in einer seiner größten Rollen. Die weibliche Hauptrolle der Traudl Junge, aus deren Sicht weite Passagen des Films gezeigt werden, wird von der 2004 26 Jahre alten Alexandra Maria Lara überzeugend dargestellt.

Am 20. April 1945, Hitlers 56. Geburtstag, erreicht sowjetisches Artilleriefeuer erstmals das Berliner Stadtzentrum. Im schon beschädigten Großen Saal der Reichskanzlei trifft sich zum letzten Mal die Führung des Reiches zur Gratulationscour bei Hitler. Nach deren Ende verlassen die meisten Gratulanten Berlin auf dem schnellsten Wege. Neben seinem persönlichen Gefolge und den Generälen Krebs und Burgdorf bleiben lediglich Joseph Goebbels mit seiner Familie, der Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes, Botschafter Walter Hewel, und der Chef der Parteikanzlei Martin Bormann bei Hitler. Auch seine Lebensgefährtin Eva Braun und die Sekretärinnen Traudl Junge und Gerda Christian bleiben bei ihm.

Inzwischen ist die Schlacht um Berlin entbrannt. Die sowjetischen Truppen erobern die Stadt in erbitterten Häuserkämpfen. Die deutschen Truppen führen einen hoffnungslosen Kampf. Der SS-Arzt Ernst Günther Schenck fährt auf der Suche nach Medikamenten durch die Stadt und trifft auf SS-Kommandos, die kapitulationsbereite Zivilisten und Volkssturmleute noch



Bruno Ganz in „Der Untergang“

kurz vor Kriegsende standrechtlich hingerichtet. Im Führerbunker verteilt Hitler an seine engsten Mitarbeiter Zyankalikapeln. Man diskutiert darüber, wie man sich am besten umbringen könne, und es wird viel Alkohol getrunken.

Am 29. April diktiert Hitler Traudl Junge sein privates und politisches Testament. Danach läßt er sich mit Eva Braun trauen. SS-Brigadeführer Mohnke, der Kommandant des Kampfabchnittes „Zitadelle“ mit dem Regierungsviertel, meldet Hitler, daß die Reichskanzlei von sowjetischen Truppen vollständig eingekesselt sei. Die Stellungen könnten nur noch maximal einen Tag gehalten werden. Daraufhin vergiften sich Hitler und Eva Braun am Nachmittag des 30. April mit Zyankalikapeln. Hitler schießt sich dabei gleichzeitig eine Kugel durch den Kopf. Die Leichen werden anschließend im Hof der Reichskanzlei verbrannt.

Nach Hitlers Tod lehnt der sowjetische Generaloberst Tschuikow ein deutsches Waffenstillstandsangebot ab und besteht angesichts der aussichtslosen Lage der deutschen Verteidiger auf deren bedingungsloser Kapitulation, was Goebbels

jedoch strikt ablehnt. Seine Frau Magda kann sich für sich und ihre Kinder ein Leben ohne Nationalsozialismus nicht vorstellen, verabreicht ihnen ein Schlafmittel und tötet sie im Schlaf mit Zyankalikapeln. Das Ehepaar Goebbels erschießt sich danach selbst, während die übrigen Bunkerinsassen das Gelände verlassen und in mehreren Gruppen die Flucht aus Berlin versuchen.

Am 2. Mai 1945 ist der Kampf um Berlin zu Ende. Eine Gruppe um Brigadeführer Mohnke, der sich Gerda Christian und Traudl Junge auf der Flucht aus dem Führerbunker angeschlossen haben, trifft bei dem Versuch nach Norden aus Berlin herauszukommen, in der Schultheiss-Brauerei an der Schönhauser Allee – der heutigen Kulturbrauerei – auf dort eingeschlossene Waffen-SS-Einheiten. Ein Weiterkommen von hier aus nicht mehr möglich. Einige SS-Offiziere begehen unmittelbar vor der Gefangennahme durch die Sowjets Selbstmord; ebenso Botschafter Hewel, der damit ein Versprechen gegenüber Hitler einlöst.

In der Hoffnung als Frau von der Gefangennahme verschont zu bleiben, schreitet Traudl Junge zwischen den sowjetischen Soldaten hindurch. Spontan schließt sich ihr der zwölfjährige Peter Kranz an, ein verwaister Hitlerjunge, der zu Beginn des Films von Hitler persönlich ausgezeichnet wurde und sich auf abenteuerliche Weise durch die Kämpfe in Berlin retten konnte, nachdem NS-Aktivisten seine Eltern wegen angeblichen Verrats getötet hatten. Wie Mutter und Sohn erscheinend, gelangen beide ungehindert durch den Einschließungsring der russischen Soldaten.

Der Film ist äußerst authentisch und stellt keine leichte Kost dar. Gleichwohl ist er ungeachtet seiner Spieldauer von zweieinhalb Stunden für jeden geschichtlich Interessierten ein absolutes Muss.

Herbert Hermann



Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109, 12171 Berlin, geht auch ohne Lastschriftzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie! Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 - 17.00 u. Do. 15.00-17.00 Uhr, Tel.: 030-209677551



Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag

Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Befürwortung der Grundrechte (www.afd.de/grundrechtsgrundaussagen). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundesatzung maßgebend.

| | | | |
|-------------|---|---------------------|--|
| Vorname | <input type="radio"/> m. <input type="radio"/> w. | Nachname | |
| Wohnort | | gebürtiger Wohnort | |
| Strasse Nr. | | PLZ, Wohnort | |
| Stadt | | Staatsangehörigkeit | |
| Bundesland | | Typus/Bezirk | |
| Telefon | | Handy | |
| E-Mail | | Beruf/Tätigkeit | |

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppe (einschließlich Partei- und Vereinsmitgliedern):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/afd-unvereinbarkeitsliste). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages bewirkt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreischatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag dem eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Nichtwert für den Monatsbeitrag: 1% des monatlichen Nettolohnsummens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (einmalige) Aufnahmegebühr zahle ich _____ EUR.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: monatlich einmal jährlich (30.09./30.10.) quartalsweise (30.03./30.06./30.09./30.12.)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 9a EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbände) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillerstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglied@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufzunehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände; die Landesverbände können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln). Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er das den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufzunehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt der Annahmeverklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeverklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggf. die einmalige Aufnahmegebühr von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezagerten Lastschriften zurückzulegen. Ich bestätige mich ab dem acht. Werktag, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des Belastungsbeitrages, verlängern. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

| | | |
|--------------|--------------|--|
| Kontoinhaber | Bankinstitut | |
| Strasse Nr. | IBAN | |
| PLZ, Wohnort | BIC | |
| Ort, Datum | Unterschrift | |

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verarbeitet und verwendet - innerhalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzzwecke finden Sie unter www.afd.de/datenschutz. Mitglieder auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

- please formulate as PDF (also write us other formulare finden Sie unter www.afd.de/aufnahme -





Ich nähere mich dem Walter-Schreiber-Platz, von wo aus mein Bus nach Hause fährt. Schon von weiten erreichen mich exotische Klänge, die zunehmend lauter werden. Vor dem Forum Steglitz sitzt das Verursacher-Trio: Drei Musiker, die schrille, rhythmische und recht eintönige Klänge produzieren. Zunächst hört es sich gut an, fröhlich und melancholisch zugleich, ein wenig wie Klezmer, aber schon bald wünsche ich mir mal eine andere Melodie.

Die Anzeigetafel meldet, dass der Bus 12 Minuten verspätet ist. Sitzmöglichkeiten gibt es, aber die sind belegt von einem Dutzend junger Leute mit Ohrenstöpseln, die sicherlich nicht aufstehen werden, um für eine weiße Frau Platz zu machen. Meine Laune trübt sich ein.

Ich schaue den Musikern zu. Sie scheinen mit dem Getröte viel Anklang zu finden, denn immer wieder geht jemand hin und wirft einen Obulus in den bereitgestellten Kaffeebecher. Eine Frau in meinem Alter faltet sogar einen 5-Euroschein zusammen und überreicht ihn dem Klarinettenspieler. Danach bleibt sie noch vor den Männern stehen und schlackert mit dem Kopf, tippt mit den Füßen und zeigt eindeutige Indizien der Extase. Verzückt lachend kommt sie auf mich zu und sagt: „Ist das nicht herrlich? So schöööönn! Fast wie in der Karibik.....“

An die Karibik erinnert mich die Musik ganz und gar nicht, eher an einer Hochzeit auf den Golanhöhen.

„Finden Sie?“, frage ich. „Sie nicht?“, fragt die Frau zurück. Ich überlege.

Eigentlich spielen sie ganz ordentlich, wenn auch nicht ganz tonsauber. Und dann wird mir klar, was mich stört. Die Musik paßt nicht zur Umgebung. Sie paßt nicht zu der Stadt, zu den Gründerstilhäusern und den Litfaßsäulen aus der Kaiserzeit.

Ach wissen Sie“, sage ich, „ich finde das ja ganz o. k., aber ich höre lieber Bach, Haydn oder Mozart. Ich finde, wir sollten uns mehr auf das besinnen, was unsere eigene Kultur zu bieten hat. Und ich höre auch lieber echte Musiker, die nicht so falsch spielen“.

„Das sind echte Musiker“, sagt die Frau wie ein trotziges Kind. Sie kommen aus Syrien, und sie haben dort Musik studiert. Ich kenne sie schon lange.“

„Nie und nimmer sind das gelernte Musiker“, sage ich. „Nie und nimmer“. „Wetten?“, sagt die Frau. „Wetten, dass das richtige Musiker sind, die auch Haydn und Mozart spielen können?“

Ich wette ungern, und wenn, dann nur, wenn ich sicher gewinne. Und das ist hier nicht unbedingt der Fall. Dennoch sage ich: „O. k., wetten wir“. Die Frau ist mit meinem Einsatz von einer Packung Merci aus dem Angebot bei Aldi nicht einverstanden, sondern möchte um 25 Euro wetten. Etwas zögerlich stimme ich zu.

Gemeinsam gehen wir zu den Musikern und warten geduldig, bis sie pausieren. „Guten Abend“, sagt die Frau neben mir, „wir haben einen Wunsch, können Sie uns auch etwas von Haydn spielen?“

Die drei schauen uns schweigend an und strahlen aus jeder Pore Unver-

ständnis aus. „Spielen?“ fragt einer. „Ja“, sagt die Frau. „Spielen. Spielen Sie Haydn? Sie reden in einer unverständlichen Sprache. Dann sagt der vermutlich Älteste: „Nix Heiden, wir Moslem. Wir Islam!“

Die Frau schaut mich ein wenig konsterniert an.

„Der hat Haydn falsch verstanden, sage ich, wie „Heiden“. Sie versucht es erneut: „Spielen Sie Mozart? MOZART?“. Es ist schon dunkel geworden. Hinter mir fährt mein Bus ab. Sechs Augen schauen fragend zu uns auf.

„Die verstehen „Mozart“ nicht“, sage ich. „Vielleicht sprechen sie Englisch?“ Wir versuchen es, und sprechen nun Mozart britisch aus: „Mosart“.

Jetzt bricht große Aufregung unter den Musikern aus: „Mossad! Mossad!!! Nix Mossad!! Mossad Israel, Jiddisch, Dschiddo, Jew, Jew, Mossad bad, will kill!“ Sie rollen mit den Augen, und greifen sich an die Brust, als seien sie frisch von einer Kugel getroffen. „Mossad shoot!“

„Da haben wir’s“, sage ich. „Die kennen Mozart noch nicht mal vom Namen her, geschweige denn, daß sie seine Musik spielen können. Das ist aber Pech für Sie, denn ich möchte jetzt meine 25 Euro haben“. Die Frau ist nun sauer. „Ach leck mich“, sagt sie, dreht sich um und geht weiter.

Hendrika

